Kommunalwahlen 1948

Nach den gesetzlichen Bestimmungen endet die Amtszeit der Gemeinderäte am 30. 9. 1948, die der Kreisversammlung am 31. 10. 1948. Die Militärregierung hat angeordnet, daß die Kommunalwahlen in der ersten und zweiten Hälfte des Monats Oktober durchzuführen sind. Als Wahltag sind nunmehr für das ganze Landesgebiet Württemberg-Hohenzollern vorgesehen:

für die Gemeinderatswahl: Sonntag, den 10. Oktober 1948

für die Wahl der Kreistage und der Bürgermeister: Sonntag, den 31. 10. 1948.

Die derzeitigen Kreisversammlungen, Gemeinderäte und Bürgermeister führen die Geschäfte bis zum Beginn der Amtszeit der neugewählten Organe weiter.

Zur Zeit werden die Wählerlisten von den Bürgermeisterämtern aufgestellt und die Wahlberechtigung von den örtlichen Ausschüssen und dem Kreisuntersuchungsausschuß für die politische Säuberung nachgeprüft. Die Bestimmungen über die Wahlberechtigung im einzelnen und die Auflegung der Wählerlisten werden voraussichtlich im nächsten Amtsblatt veröffentlicht.

Calw, den 23. August 1948

Landratsamt.

Bekanntmachung über den Aufruf von Kleingeldzeichen

Auf Grund von § 4 Abs 2 des Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) werden folgende Noten, Münzen und Behelfsgutscheine zum 31. August 1948

aufgerufen:

1. Die Marknoten der Alliierten Militärbehörde im ursprünglichen Nennwert von 1 Mark, die 10 Deutsche Pfennige gelten, ½ Mark, die 5 Deutsche Pfennige gelten.

2. Die Rentenbankscheine im ursprünglichen Nennwert von 1 Rentenmark, die 10 Deutsche Pfennige gelten.

3. Die Münzen im ursprünglichen Nennwert von 5 Reichspfennig, die ½ Deutschen Pfennig gelten 1 Reichspfennig, die 1/10 Deutschen Pfennig gelten

1 Rentenpfennig, die 1/10 Deutschen Pfennig gelten.

4. Behelfsgeldscheine der Länder der französischen Besatzungszone, die nur in der französischen Zone gesetzliche Zahlungskraft besitzen, im ursprünglichen Nennwert von 5 Pfennig, die ½ Deutschen Pfennig gelten.

Die aufgerufenen Geldzeichen verlieren mit Ablauf des 31. August 1948 ihre Eigen-

schaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Sie werden im Auftrage der Bank deutscher Länder von den Landeszentralbanken der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone bis zum 30. September 1948 auf Verlangen gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht.

Mit Ablauf des 30. September 1948 erlischt jeder Anspruch aus den aufgerufenen Noten und Behelfsgeldscheinen.

Frankfurt/Main, den 17. August 1948

Bank Deutscher Länder.

Bekanntmachung über die Abführung und Anmeldung der Lohnsteuer ab 21. Juni 1948

Sämtliche Arbeitgeber sind mit Wirkung vom 21. 6. 1948 ab verpflichtet, eine Lohnsteuer-Anmeldung über die gesamte Lohnsteuer, die sie vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer einbehalten haben, dem Finanzamt der Betriebsstätte zu übersenden. Die Lohnsteuer-Anmeldung ist grundsätzlich zu den gleichen Terminen abzugeben, zu denen die Lohnsteuer abzuführen ist, d. i. spätestens am fünften Tag nach Ablauf des Lohnzahlungszeitraums bzw. bei Lohnzahlungszeiträumen, die weniger als eine Woche betragen, spätestens am Mittwoch der auf die Lohnzahlung folgenden Kalenderwoche, und bei Lohnzahlungen im voraus spätestens am fünften Tage nach der Lohnzahlung.

Zur Geschäftsvereinfachung wird bis auf weiteres in stets widerruflicher Weise zugelassen, daß die Lohnsteuer-Anmeldung nur einmal monatlich und zwar für den jeweils abgelaufenen Monat spätestens am 5. des folgenden Monats abgegeben wird. Auch in diesem Falle muß aber aus der Lohnsteueranmeldung die für die einzelnen Lohnzahlungszeiträume bzw. Lohnzahlungen einbehaltene und abzuführende Lohnsteuer zu ersehen sein. Das Finanzamt kann diese Bewilligung in Einzelfällen jederzeit widerrufen.

Die erste hiernach abzugebende Lohnsteueranmeldung muß den Zeitraum vom 21. 6. 1948 bis 31. 7. 1948 umfassen. Die nächste Anmeldung ist alsdann für den Monat August 1948 spätestens am 5. 9. 1948 abzugeben. Vordrucke werden den Arbeitgebern auf Antrag von den Finanzämtern kostenlos geliefert.

Erstreckt sich ein Lohnzahlungszeitraum über einen halben Monat hinaus und werden im Lauf des Lohnzahlungszeitraums Abschlagszahlungen auf den Arbeitslohn geleistet, so hat der Arbeitgeber eine entsprechende Abschlagszahlung auf die einzu-behaltende Lohnsteuer spätestens am 5. Tag nach Leistung der Abschlagszahlung an die Finanzkasse abzuführen.

Finanzministerium.

Nähmittel-Aufruf

Auf Sonderabschnitt VI der Lebensmittelkarte August sämtlicher Kategorien mit Ausnahme der Schwerarbeiterzulagekarten können ab sofort 20 g Nähmittel bei einem beliebigen Einzelhandelsgeschäft in Württemberg-Hohenzollern bezogen werden. Der Sonderabschnitt VI behält seine Gültigkeit bis 31. Oktober 1948, sodaß der Handel in jedem Fall die Möglichkeit hat, eventuell noch fehlende Mengen rechtzeitig bei den Nähmittelherstellern zu beziehen.

Die Einzelhandelsgeschäfte beziehen die Nähmittel gemäß dem ab 1. 8. 1948 gültigen Verfahren auf Grund von Punktschecks des

Waschmittelversorgung

Für den Monat Juli erhalten alle Personen

1 Stück Einheitsseife und 1 Normalpaket Waschpulver.

Kinder bis zu 3 Jahren erhalten zusätzlich:

1 Stück Feinseife und 1 Normalpaket Waschpulver.

Die Ausgabe in den Einzelhandelsgeschäften erfolgt nach Aufruf durch die Bürgermeisterämter auf den Abschnitt I der Lebensmittelkarte August.

Kreiswirtschaftsamt.

An sämtliche Kraftfahrer!

Die Abteilung XII des Innenministeriums (Landesstraßenverkehrsamt) hebt im Einvernehmen mit der Section Travaux Publics et des Transports Tübingen und der französischen Militärregierung Baden-Baden in Abänderung des § 5 - 1A - der Instruction 5790 vom 5. 9. 1946 den Fahrbefehlzwang im Güternahverkehr mit sofortiger Wirkung auf.

Für alle Werk- oder gewerblichen Transporte von Waren im Güternahverkehr bis zu einem Umkreis von 50 km Luftlinie, also auch im Interzonenverkehr, vom Standort des Kraftfahrzeuges aus, ist der bisherige Fahrbefehl nicht mehr erforderlich. Im Güterfernverkehr ist nach wie vor für sämtliche Werk- oder gewerblichen Transporte Einzelgenehmigung (Fahrbefehl) erforderlich. (Ab 50 Kilometer Luftlinie vom Standort des Kraftfahrzeuges gerechnet.)

Ferner wird der Fahrbefehlzwang für PKWs und Motorräder lt. Weisung der Abteilung XII (Landesstraßenverkehrsamt) vom 21. 1. 1947 Nr. 2830 Abs. B-C im Interzonenverkehr mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

PKWs und Motorräder sind berechtigt, innerhalb der autorisierten Gebiete, die auf der 2. Seite, Zeile 5, des Fahrtenbuches vermerkt sind, ohne Fahrbefehl zu verkehren.

Die bisher nur für die franz. Zone autorisierten Gebiete von Württemberg-Hohenzollern, Baden und Bayern (Lindau) können auf die amerikanische Zone Nord-Württemberg, Baden und Bayern durch den Zusatz

„auch amerikanische Zone“

ausgedehnt werden. Hierbei ist im einzelnen die wirtschaftliche Notwendigkeit unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Treibstoffkontingentes zu prüfen.

Für Fahrten, welche über die im Fahrtenbuch autorisierten Gebiete hinausgehen, ist nach wie vor eine Einzelgenehmigung (Fahrbefehl) erforderlich.

Kreiswirtschaftsamt. Die von ihnen eingenommenen Bezugsabschnitte sind nach Abschluß der Verteilung mit dem Kreiswirtschaftsamt abzurechnen.

Wanderpersonalkarten

Die im Umlauf befindlichen Wanderpersonalkarten müssen bis spätestens 15. 9. 1948 dem Kreiswirtschaftsamt Calw zur Überprüfung vorgelegt werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß Personen, die in Ausübung ihres Berufes den Aufenthalt dauernd wechseln, z. B. ambulante Gewerbetreibende, Artisten usw., beim Kreiswirtschaftsamt Calw eine Wanderpersonalkarte beantragen können. Es ist dabei entscheidend, daß der durch die Berufsausübung bedingte Wechsel des Aufenthaltsortes nicht vorübergehend, sondern von längerer Dauer ist, d. h. daß der Antragsteller jeweils nur nach monatelanger Abwesenheit in seine Heimatgemeinde zurückkehrt (z. B. Winterquartier ambulanten Gewerbetreibender). Eine Wanderpersonalkarte kann nur dann ausgestellt werden, wenn eine Abmeldebescheinigung von der Lebensmittelkartenausgabestelle vorgelegt wird. Die Vorlage der Kennkarte ist ebenfalls erforderlich.

Kreiswirtschaftsamt.

Druschbindegarn — 1. Aufruf

Auf die beim Bindegarnhandel abgegebenen Vorbestellmarken für Druschbindegarn werden je Hektar

0,8 kg Sisalbindegarn
1,6 kg Papierbindegarn

aufgerufen. Das Garn ist teilweise schon beim Handel vorrätig, doch dürften die Restanlieferungen noch bis Ende August andauern

Land Württemberg-Hohenzollern
Landwirtschaftsministerium.

Zusätzliche Spinnstoffversorgung für Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft

Das Landeswirtschaftsamt teilt folgendes mit:

Um den heimkehrenden Kriegsgefangenen die Beschaffung der notwendigsten Zivilkleidung zu erleichtern, wird entsprechend der Regelung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet folgendes bestimmt:

- (1) Jeder vom 1. Juli 1948 ab aus Kriegsgefangenschaft Heimkehrende hat Anspruch auf eine einmalige zusätzliche Zuteilung von 150 Textilpunkten ohne besonderen Bedarfsnachweis.
- (2) Die Zuteilung erfolgt durch die zuständigen Ausgabestellen in Form von Textil-Punktmarken aus dem den Kreiswirtschaftsämtern unter dem 26. 7. 1948 zugewiesenen Punktmarken-Kontingent. Heimkehrer, die zum Personenkreis der Ausgewiesenen gehören, erhalten die Textilpunktmarken aus dem Kontingent der Kreisumsiedlungsämter.
- (3) Soweit bereits Bezugscheine oder Textil-Punktmarken an einen Versorgungsberechtigten nach Ziffer (1) ausgegeben wurden, sind diese auf die 150 Punkte anzurechnen und in Abzug zu bringen.
- (4) Kriegsgefangenen, die vor dem 1. Juli 1948 heimgekehrt sind, kann bei der nach wie vor knappen Spinnstoffversorgung ein allgemeiner Anspruch auf Zuteilung von 150 Punkten leider nicht eingeräumt werden. Sie müssen auf den Weg des begründeten Einzelantrags verwiesen werden.

Bekanntmachung

Dem Antrag des

Philipp Wurster in Berneck

auf Erteilung einer Ausnahmegewilligung i.S. des § 5 des Einzelhandelsschutzgesetzes zur Neuerrichtung einer Verkaufsstelle für Möbel in einem ca. 40 qm großen Ausstellungs- und Verkaufsraum im Erdgeschoß-Gebäude Nr. 24 in der Altensteiger Straße in Berneck wurde durch Beschluß des Landratsamts vom 12. August 1948 entsprochen.

Gegen diese Entscheidung ist Beschwerde an das Wirtschaftsministerium — Landesgewerbeamt — in Tübingen zulässig, die binnen 2 Wochen von der im Amtsblatt erfolgten Bekanntmachung an gerechnet beim Landratsamt einzureichen wäre.

Calw, den 12. August 1948

Landratsamt

Amtsgericht Neuenbürg (Württ.)

Handelsregister-Neueintragung
vom 12. August 1948

HR. B 188. Schwinn, Holzhandels-gesellschaft mit beschränkter Haftung, Neuenbürg, Kreis Calw (Württ.).

Gegenstand des Unternehmens ist der Großhandel mit für den Bergbau bestimmtem Holz (Grubenholz, Schwellen, Masten und Schnittholz). Stammkapital: 100 000 RM. Geschäftsführer: 1. Jakob Schwinn, Kaufmann in Besenfeld, Kreis Freudenstadt; 2. Erich Schwinn, Kaufmann in Kirrlach bei Schwetzingen/Baden. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder der beiden Geschäftsführer allein berechtigt. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschaftsvertrag vom 1.—8. März 1948 und Änderung vom 11. August 1948. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Geschäftsraum in Neuenbürg/Württ., Marktstr. 1. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem für das Land Württemberg-Baden (Französische Zone) bestimmten Blatt für amtliche Bekanntmachungen.

Erzeugerhöchstpreise für Obst und Gemüse

Das Wirtschaftsministerium — Preisaufsichtsstelle — hat mit Runderlaß Pr. Nr. 3/48 vom 17. 8. 1948 erneut darauf hingewiesen, daß im Unterschied zur Bizone für die französische Besatzungszone weiterhin Erzeugerhöchstpreise für Obst und Gemüse in Geltung sind. Bis auf weiteres gelten die im Amtsblatt Nr. 33 vom 21. 8. 1948 veröffentlichten Erzeugerhöchstpreise mit folgenden Abweichungen:

Bei Gemüse: Radieschen, 15 St. im Bund, Mindestdurchmesser 1 cm je Bund 8 Dpfg., Radieschen, Typ Würzburger, 15 St. im Bund, je Bund 10 Dpfg., Blumenkohl, Größe 0, über 32 cm Aufgedurchmesser, je Stück 60 Dpfg., Blumenkohl, Größe I, 26 bis 32 cm Aufgedurchmesser, je Stück 45 Dpfg., Blumenkohl, Gr. II, 20—26 cm Aufgedurchmesser, je St. 34 Dpfg., Blumenkohl, bei Verkauf nach Gewicht, höchstens drei Blattkränze, Deckblätter gestutzt; Güteklasse A je 500 g 35 Dpfg., Güteklasse B je 500 g 25 Dpfg., Gurken, Treibware, je 500 g 30 Dpfg., Gurken, Freilandware, je 500 g

15 Dpfg., Essig- und Salzgurken, 3—9 cm Länge, je 500 g 30 Dpfg., 9—22 cm Länge, je 500 g 18 Dpfg.

Im übrigen gelten bezüglich der Handelsaufschläge, der Sortierungsvorschriften usw. die Bestimmungen der Frischwaren-AO. vom 27. 3. 1942.

Falls der Händler Gemüse und Obst aus einem Erzeugergebiet heranschafft, in dem keine Preisbestimmungen für Obst und Gemüse mehr in Anwendung sind, dürfen beim Absatz höchstens die obengenannten Erzeugerhöchstpreise, zuzüglich der zulässigen Frachtkosten, zugrunde gelegt werden.

Für Kernobst bleiben bis auf weiteres die besonderen Bestimmungen der in den Vorjahren geltenden Erzeugerhöchstpreise der Anordnung des Württ. Wirtschaftsministeriums — Preisbildungsstelle für Württemberg-Hohenzollern — vom 10. 10. 1944 (RAnz Nr. 37) in Anwendung. Hiernach sind folgende Erzeugerhöchstpreise zulässig:

Sorten	Güteklassen			
	Auslese Ia DM	A DM	B DM	C DM
je 50 kg				
Apfel:				
Wertvolle Frühsorten (Weiße Klaräpfel)	25.—	20.—	14.—	4.50
Cox' Orangenrenette	42.—	35.—	25.—	4.50
Sorten der Preisgruppe I (Ananasrenette)	34.—	27.—	20.—	4.50
Sorten der Preisgruppe II (Schöner von Boskoop)	23.—	18.—	12.—	4.50
Sorten der Preisgruppe III (Baumanns Renette)	20.—	15.—	12.—	4.50
Sorten der Preisgruppe IV (Boikenapfel)	—	13.—	8.—	4.50
Sorten der Preisgruppe V (Cellini)	—	11.—	7.—	4.50
Birnen:				
Sorten der Preisgruppe I (Alexander Lukas)	34.—	27.—	20.—	4.50
Sorten der Preisgruppe II (Bosc's Flaschenbirne)	23.—	18.—	12.—	4.50
Sorten der Preisgruppe III (Andenken an den Kongreß)	20.—	15.—	12.—	4.50
Sorten der Preisgruppe IV (Clairgeaus Butterbirne)	—	13.—	8.—	4.50
Sorten der Preisgruppe V (Kochbirnen)	—	11.—	7.—	4.50

Mostobst: Mostäpfel, Industrieäpfel, Güteklasse B, 6.— DM, Mostbirnen, bessere (Oberösterreichische Mostbirne, Schweizer Wasserbirne, Schweizer Gelbmöstler, Champagner-Bratbirne und gleichwertige Sorten) 5.50 DM., Mostbirnen, gewöhnliche, bis zu 4.50 DM., Mostbirnen, teigige, bis zu 3.50 DM.

Fallobst: Äpfel und Birnen 4.50 DM. Bei der sogenannten Verpachtung von Kernobstbaumbehängen (Verkauf von ungeerntetem Obst auf dem Baum) gelten folgende Rahmenpreise je 50 kg geschätzten Behanges:

- a) für Äpfel der Preisgruppe I 10—12 DM., Preisgruppe II u. III 6—10 DM., Preisgruppe IV 4—6 DM., Preisgr. V bis 4 DM.
- b) für Birnen der Preisgruppe I 7—10 DM., Preisgruppe II u. III 5—7 DM., Preisgruppe IV 2—5 DM., Preisgr. V bis 2 DM.

Die Verpachtung von Obstbaumbehängen nach meistbietender Versteigerung oder schriftlichem Höchstangebot ist verboten. Die Verpachtung von Obstbaumbehängen setzt voraus, daß diese, möglichst unter Beziehung des Kreis- oder Ortsbaumwartes, vor der Ernte bei jedem einzelnen Baum

ordentlich abgeschätzt werden. Dabei ist der ganze Behang eines Baumes einheitlich in die Güteklasse einzustufen, zu der der überwiegende Teil des Behanges gehört. Die entsprechenden Feststellungen sind vor der Verpachtung in eine Liste einzutragen unter Angabe der Kernobstsorte des geschätzten Behanges, der Güteklasse, des Gesamtpreises und des je 50 kg berechneten Preises. Der höchstzulässige Rahmenpreis darf nur für Obst der Güteklasse A berechnet werden, während der Preis für geringwertigeres Obst (Güteklasse B und C) entsprechend der Wertminderung innerhalb des Preisrahmens angemessen abzustufen ist.

Bereits abgeschlossene Verträge, die diesen Bestimmungen widersprechen, gelten als zu den zulässigen Preisen abgeschlossen.

Zuwiderhandlungen werden nach der Preisstrafrechtsverordnung in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I, S. 264) bestraft.

Calw, den 24. August 1948

Landratsamt
— Preisbehörde —

Amtsgericht Neuenbürg (Württ.)

Handelsregister-Veränderung v. 18. 8. 1948
HR. A 394 Hauelsen & Sohn, Kommanditgesellschaft in Neuenbürg:
Die Prokura des Friedrich Klingel ist erloschen.

Amtsgericht Neuenbürg (Württ.)

Güterrechtsregistereintrag v. 14. Aug. 1948
Albert Kalmbacher, Chauffeur in Engelsbrand, Kreis Calw, und seine Ehefrau Paula

Kalmbacher, geb. Merz, daselbst, haben durch notariellen Ehevertrag vom 26. Juli 1948 die Gütertrennung des BGB. vereinbart. Die Rechtsvermutung des § 1429 BGB. ist, soweit das Stammvermögen der Frau in Frage kommt, ausgeschlossen worden.

Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei in Calw.
Herausgeber: Landratsamt Calw, Verwaltung u. Anzeigenannahme: Landratsamt Calw, Abt. Bekanntmachungen.